



Bargeld erhalten

Bargeld bedeutet Freiheit, es muss unbedingt erhalten bleiben. S.2



Gesundheitssystem im Koma

Das Gesundheitssystem in NÖ liegt im Koma! Die FPÖ fordert im „Zukunftsmodell 2020“ etliche Maßnahmen, um die Zwei-Klassen-Medizin abzuschaffen. S.2

Wir



NIEDERÖSTERREICHER

Zugestellt durch Post.at

Klubinfo | Jänner 2016

NACHRICHTEN AUS DEM FREIHEITLICHEN KLUB IM NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDTAG

„Alle Neune“ - FPÖ-Initiative für leistbares Wohnen abgewürgt

Nach einem halben Jahr „Bedenkzeit“ entschied die ÖVP, im Wohnbereich alles beim Alten zu lassen - Das heißt, Wohnen bleibt auch in Zukunft für viele unleistbar...

Sage und schreibe neun (!) Anträge zum Thema „Wohnbau in Niederösterreich“ haben die Freiheitlichen NÖ bereits im Oktober 2015 eingebracht. Erklärtes Ziel dieser Landtagsinitiative war, den Menschen das Wohnen wieder leistbarer zu machen. Jetzt, ein halbes Jahr später, hat sich die ÖVP endlich durchgerungen, sich diesen wichtigen Themen zu widmen - aber leider nur pro forma.

„Denn ändern wollen die Pröll-Getreuen gar nichts, das Wohnen ist und bleibt somit insbesondere für die Normal- und Mittelverdiener unleistbar!“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl. Die Freiheitlichen brachte dennoch alle von der ÖVP nicht berücksichtigten Vorstöße erneut als Zusatz- bzw. Änderungsanträge ein.



▶ **GOTTFRIED WALDHÄUSL:** Leistbarer Wohnraum ist für immer mehr Menschen unerschwinglich.

Weitere Informationen zu diesem aktuellen Thema finden Sie auf Seite 3.

Deponie?



„Nein“ von der FPÖ zum Deponieren von Bauschutt. S.2



Muslimen-Rätsel

Die Pröll-ÖVP hat keine Ahnung, wie sich der Anteil der muslimischen Bevölkerung in NÖ entwickelt hat... S.2

Kurz gesagt...

Pröll-Rätsel um muslimische Zuwanderer

„Diese Anfragebeantwortung ist das Papier nicht wert“, ärgert sich FPÖ-LAbg. Erich Königsberger. „Die FPÖ wollte von LH Pröll erfahren, wie hoch der muslimische Bevölkerungsanteil in NÖ mittlerweile ist, in welchen Bezirken wieviele dieser Zuwanderergruppe leben, wieviele bereits eingebürgert wurden oder welchen Glaubensrichtungen diese Menschen angehören! Vom Landesfürsten kam ein lapidares ‚Nicht zuständig! Die erhebenden Abteilungen, welche in seine Zuständigkeit fallen, haben jedoch keinerlei Auftrag zur Datenerhebung. Offenbar will es Pröll gar nicht mehr wissen! Nach dem Motto: Hinter mir die Sintflut.“

[Rede LAbg. Königsberger](#)

Nein zum Deponieren von Bauschutt

„Ich bin froh, dass wir uns hier in Niederösterreich parteiübergreifend einig sind. Wir müssen in Richtung Wien ein deutliches Zeichen setzen“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl bei der Debatte um das unsinnige Deponieren von Bauschutt. „Welchen Sinn macht es, wenn wir den Aushub einer Baugrube künftig deponieren müssen? Obwohl wir diesen brauchen würden! Die Bundespolitik geht hier in die völlig falsche Richtung...“

Laut neuer Verordnung soll eben genau diese Maßnahme künftig durchgeführt werden müssen. „Ein Unsinn sondergleichen! Eine Deponierung ist das Schlimmste überhaupt, wir schädigen uns damit auch als Wirtschaftsstandort. Ein deutliches ‚Nein‘ nach Wien!“

[Rede KO Waldhäusl](#)



► **MARTIN HUBER:** „Zukunftsmodell 2020 - Gesundes NÖ“ heißt Aus für Zwei-Klassen-Medizin.

FPÖ: Krankes System wieder gesundpflegen

Aktuelle Stunde der FPÖ im März-Landtag: Obwohl der Gesundheitsbereich heuer wieder vier Milliarden Euro verschlingt, plagen sich die Niederösterreicher mit einer Zwei-Klassen-Medizin herum. Die Freiheitlichen fordern zahlreiche Maßnahmen.

Im Rahmen des „Zukunftsmodells 2020“ fordern die Freiheitlichen etwa:

- attraktivere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Allgemeinmediziner
- Kürzere Wartezeiten im Facharztbereich
- Mehr Leistungen durch die Kassen
- Grundversorgung in allen Spitälern mit Anästhesie, Intensivmedizin, Chirurgie, Innere Medi-

zin, Gynäkologie und Geburtshilfe

- Versorgungssicherheit durch Notärzte in allen Bezirken
- Verbesserungen im Pflegebereich: Verschlechterungen korrigieren, Pflegelehre einführen etc.

[Rede LAbg. Ing. Huber](#)

[Rede KO Waldhäusl](#)

[Rede LAbg. Landbauer](#)

Bargeld heißt Freiheit!

Gegen die Abschaffung des Bargelds sprach sich LAbg. Udo Landbauer im März-Landtag aus: „Das ist nichts anderes als massive Einschränkung der Freiheit!“

„Es ist kein Geheimnis mehr, dass die EZB das Bargeld schrittweise abschaffen will. Der erste Schritt ist das Aus für den 500 Euro-Schein“, so Landbauer. „Daran zu glauben, dass damit der Terrorismus bekämpft werden kann, ist mehr als naiv...“

Tatsache ist, dass man den Menschen das Bar-

geld nehmen will und sie damit einem großen Teil ihrer Freiheit berauben will. „Künftig soll dann jedes Eigentum bis auf die letzte Kommastelle elektronisch erfasst sein, sogenannte Strafzinsen können jederzeit vom Konto eingezogen werden“, argumentiert Landbauer. „Erinnern wir uns an Zypern, da war über Nacht plötzlich das Geld vom Konto weg. Daher: Nein zur Abschaffung des Bargeldes!“

[Rede LAbg. Landbauer](#)

[Rede LAbg. Königsberger](#)



ÖVP: Normalverdiener bleiben die Verlierer!

Das im Wohnbaubereich vorherrschende, katastrophale System wird somit für die nächsten Jahre einzementiert: Das heißt, dass schwarze und rote Wohnbaugenossenschaften weiterhin Steuermillionen hin- und herschaufeln, während die Bürger des Mittelstandes übrig bleiben. Nur eine Änderung der bestehenden Förderrichtlinien des Landes könnte Abhilfe schaffen. Denn das Szenario gehört mittlerweile zum Alltag: Subsidiär Schutzberechtigte und Asylanten erhalten selbstredend Mietbeihilfe samt Superförderung, eine mit Steuergeld errichtete Genossenschaftswohnung kostet für sie monatlich somit oft nicht mehr als 220 Euro. Im Gegensatz dazu muss der Mieter mit mittlerem Einkommen von beispielsweise 1.250 Euro bis zu 800 Euro hinblättern. Dieses System muss schnellstmöglich aufgebrochen werden, dahingehende FPÖ-Anträge sind für die ÖVP allerdings kein Thema.

Die FPÖ-Forderungen:

- | Wohnbeihilfe für ALLE
- | Einführung einer monatlichen Miet-Obergrenze von 500 Euro (dreiköpfige Familie)
- | Rücklagen der gemeinnützigen Bauträger für Bautätigkeiten verwenden, ansonsten volle Besteuerung
- | Abschaffung der „Auslaufannuitäten“ bei Genossenschaftsobjekten
- | Senkung der Baukosten im geförderten Wohn-



► **ZU TEUER:** Und so bleibt es auch - dank ÖVP!

bau durch einen Standard-Ausstattungskatalog
| Spekulationsverbot für gemeinnützige Wohnbauträger

| Wegfall von überteuerten Kautionen bei Mietobjekten

| Neues Sanierungsmodell für Altbauten zum Zwecke der Schaffung leistbaren Wohnraums

| Deutsche Sprachkenntnisse als Voraussetzung für den Erhalt einer geförderten Wohnung.

[Rede KO Waldhäusl](#)

[Rede LAbg. Landbauer](#)

[Rede LAbg. Huber](#)



KO Gottfried WALDHÄUSL

Gedanken des Klubobmanns

Vierfache Miete für UNSERE Leut'

Da versteht man die Welt nicht mehr: Während Asylanten geförderten Wohnraum um billiges Geld zugesprochen bekommen, werden die eigenen vier Wände für Normalverdiener immer unleistbarer.

Sage und schreibe 220 Euro kostet eine Mietwohnung für einen Asylberechtigten. Klar, er kassiert Mietbeihilfe und Superförderung! Ein Niederösterreicher hingegen, der seit vielen Jahren ins System einbezahlt hat und über ein Nettoeinkommen von ca. 1.250 Euro hat, muss beinahe das Vierfache hinblättern.

Grund dafür sind die geltenden ÖVP-Wohnbaurichtlinien, wie sie schlimmer nicht sein können. Nämlich für UNSERE Leut'! Hier muss sich dringend etwas ändern, und die neun Vorstöße der FPÖ hätten genau dies zum Ziel gehabt. Doch nachdem die Anträge ein halbes Jahr auf der langen Bank geruht haben, kam in der Landtagssitzung das „Njet“ zu mehr leistbarem Wohnraum für die Mittelschicht. Bleibt nur zu sagen: Gut, wenn die Pröll-Mehrheit in Niederösterreich Geschichte ist...

